

## Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 22.06.2016  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:37 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Swieter, Benjamin

#### **SPD-Fraktion**

Bruns, Ludger  
Meinen, Regina  
Pohlmann, Marianne  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

für Rico Mecklenburg  
für Hans-Dieter Haase

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Rosenboom, Benedikt

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Marsal, Andrea  
Renken, Bernd

#### **FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich

#### **Verwaltungsvorstand**

Jahnke, Horst  
Erster Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Discus, Gerhard  
Mansholt, Dieter  
Jakobs, Stefan

#### **Protokollführung**

Jetses, Karin

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Swieter** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016**

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 29.02.2016

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 29.02.2016 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**MITTEILUNGSVORLAGEN**

TOP 5 Eckwertebeschluss für das Haushaltsjahr 2017  
Vorlage: 16/2166

**Herr Jahnke** erläutert anhand einer Präsentation ausführlich das Eckwerteverfahren zum Haushalt 2017. Die Präsentation wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt.

**Herr Bongartz** beklagt die Anpassung der Kita-Gebühren. **Herr Jahnke** erinnert an den einstimmigen Ratsbeschluss in der Sache. Anschließend fährt er mit seinem Vortrag fort.

**Herr Bongartz** möchte wissen, wie die Verwaltung tilge, wenn keine Tilgungsleistungen erwirtschaftet werden konnten. **Herr Jahnke** erwidert, die Verwaltung werde entsprechende Liquiditätskredite aufnehmen. Er weist aber darauf hin, dass die Stadt Emden zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der vorhandenen Rücklagen noch keine Kassenkredite benötige. Dieser Rat habe hervorragend gehandelt und gute Jahre dazu genutzt, Geld anzusparen. Dies komme der Stadt Emden heute zugute. Die Stadt Emden sollte daher die positive Situation nutzen und die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen umsetzen.

**Herr Mansholt** nimmt Stellung zu der Thematik „Liquidität und Überschüsse“:

Das Grundkonzept des Ergebnishaushaltes gehe davon aus, dass der Ergebnishaushalt in den Erträgen und den Aufwendungen ausgeglichen sei. Weil die Stadt Emden aber im Ergebnishaushalt auch nichtzahlungswirksame Funktionen habe, wie z. B. die Zuführung zu Pensionsrückstellungen oder –abschreibungen, habe ein ausgeglichener Ergebnishaushalt prinzipiell einen Liquiditätsüberschuss. Dieser sei vom Gesetzgeber dafür vorgesehen, die ordentliche Tilgung zu zahlen und - wenn noch freie Beträge vorhanden seien -, Investitionen zu tätigen, ohne Kredite aufnehmen zu müssen.

## Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016

Der Ergebnishaushalt 2017 sei mit 12,8 Mio. € soweit im Minus, dass die Stadt Emden sogar ein Liquiditätsfehl von 7,7 Mio. € habe. Dies könne die Verwaltung momentan nur vorübergehend verkraften, weil in der Überschussrücklage noch Liquidität vorhanden sei. Wenn sich diese Thematik fortsetzen sollte, gehe die Verwaltung allerdings davon aus, dass Ende 2018 die Haushaltsrücklage ausgeschöpft sei und Liquiditätskredite aufgenommen werden müssten, um die städtischen Kredite zu bedienen. Der neue Rat werde sich damit beschäftigen müssen, inwieweit weitere Konsolidierungsmaßnahmen möglich und politisch vertretbar seien, damit diese Situation nicht eintreffe.

**Herr Jahnke** geht anschließend auf die neuen Leitziele der Stadt Emden näher ein (siehe Anlage 1). **Herr Strelow** erklärt, natürlich habe die Stadt Emden noch viele Jahre mit Risiken, aber auch viele Jahre mit Chancen vor sich. Die SPD-Fraktion sei daher positiv gestimmt. Er nimmt Stellung zu den Ausführungen von Herrn Jahnke und der Situation des VW-Werkes Emden:

Das VW-Werk in Emden sei sehr gut aufgestellt, so dass die Stadt Emden bezüglich der Gewerbesteuererinnahmen hoffnungsvoll in die Zukunft schauen könne.

Bezüglich der Ziele der Stadt Emden begrüße seine Fraktion es, dass die Verwaltung jetzt quantifizierbare und messbare Ziele eingeführt habe. Er erkundigt sich, ob bis Ende des Jahres 2016 mit dem Haushaltsentwurf für den Eckwertehaushalt 2017 gerechnet werden könne. **Herr Jahnke** bittet Herrn Strelow, zunächst die Konstituierung des neuen Rates abzuwarten.

**Herr Renken** weist darauf hin, dass es sich bei der Vorlage 16/2166 um eine Mitteilungsvorlage handele, die eine Einschätzung der jetzigen Haushaltssituation wiedergebe. Er erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushaltsentwurf 2016 gut begründet abgelehnt habe und nimmt Stellung zu den Anträgen seiner Fraktion auf eine Erhöhung der Vergnügungssteuer. Seine Fraktion hätte auch darauf hingewiesen, dass es nicht hinnehmbar sei, über die nächsten vier Jahre 80 % bei der Schulausstattung einzusparen. Im gestrigen Schulausschuss sei darauf hingewiesen worden, welche Konsequenzen dies haben werde. Es könne nicht nur die Gestaltungsaufgabe der Stadt Emden sein, 5 Mio. € noch über die 19 Mio. € hinaus einzusparen.

Er sei sich gar nicht sicher, wie viele dieser formell liquiden 23 Mio. € aus dem Cash-Pool tatsächlich liquide seien, denn nach seiner Kenntnis seien bereits viele Millionen € von dort in das Klinikum eingeflossen.

Er äußert sich positiv zu der Anpassung der Kita-Gebühren in Emden. Die Stadt Emden habe immer betont, dass die Gebühren seit dem Jahre 1988 konstant geblieben seien, allerdings hätte sich die Einkommenssituation in den letzten 18 Jahren weiterentwickelt, so dass im Grunde genommen ein immer kleinerer Anteil des Einkommens für die Betreuung der Kinder aufgewendet werden musste. Das Problem sei, dass heute jemand, der 60.000 € jährlich verdiene, genauso viel für einen Kita-Platz zahle wie jemand, der 30.000 € jährlich verdiene. Hier sei die Stadt Emden in eine ausgesprochene „Schieflage“ geraten. Er zieht einen Vergleich der Emdener Kita-Gebühren zur Gemeinde Hinte:

In Hinte zahlten die Eltern in den niedrigen Einkommensgruppen für einen Kita-Platz weniger als in Emden. Dagegen zahlten die Eltern der höheren Einkommensgruppen deutlich mehr hierfür. Dies habe auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, es sei denn, es werde eine Beitragsfreiheit vertreten. Seines Erachtens wäre dies in der derzeitigen Situation höchst verantwortungslos. Von daher sei das Ziel seiner Fraktion nicht unbedingt, 1 Mio. € zusätzlich einzunehmen, sondern der Erhalt einer sozial ausgewogenen, gerechten, bezahlbaren Struktur, die jeden Haushalt möglichst gleichmäßig belaste.

## Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich für die Durchsetzung weiterer, notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen aus. Ob die Stadt Emden tatsächlich im Jahre 2018 in der Situation sei, für 2019 einen nicht ausgeglichenen und nicht mehr ohne Kassenkredite zu finanzierenden Haushalt aufstellen zu müssen, könne heute seriös noch gar nicht beantwortet werden.

**Herr Bongartz** meint ebenfalls, dass es schwierig sei, substantiell zu dem heute vorgelegten Eckwertebeschluss Stellung zu nehmen. Dass die Stadt Emden bei den Gewerbesteuerentnahmen ein bisschen mehr eingenommen habe als die Verwaltung vermutet habe, begrüße seine Fraktion. Der Gewinn sei aus einer soliden, guten Zeit gekommen. Dies habe sich mit dem VW-Dieselskandal verändert. Er prophezeit schwierige Zeiten, die von allen Ratsmitgliedern eine große Disziplin erforderten und appelliert an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entsprechenden Konsolidierungsvorschläge abzugeben. Bisher sei nur der Vorschlag auf Erhöhung der Vergnügungssteuer eingereicht worden.

Er nimmt Stellung zu den Auswirkungen des Glücksspielvertrages: Dieser werde dazu führen, dass sich die Einnahmen der Stadt Emden aus der Vergnügungssteuer heraus halbierten. Es gäbe konkrete Berechnungen hierfür, die auch für die Stadt Emden greifen würden. Er appelliere daher an die Grünen, in der Landesregierung von ihrem Vorhaben abzusehen.

Anschließend geht er auf die Mittel des Cash-Pools ein, mit denen die Töchter dieser Stadt bedient würden. Die Stadt Emden hätte hierauf nur einen bedingten Zugriff. Ansonsten müsste der Rat mit großer Disziplin daran arbeiten, das in die Tat umzusetzen, was der Rat sich im letzten Jahr an Konsolidierungsmaßnahmen untereinander versprochen hätte. Eine Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung sei erforderlich, um die finanzielle Lage der Stadt Emden „im Griff zu behalten“.

**Herr Bolinius** erklärt, er wolle nicht auch noch auf die Rücklage über 25 Mio. € eingehen. Der Rat hätte sich schon genug „selbst auf die Schultern geklopft“. Der Erhalt der Rückzahlung sei teilweise auch ein großer Zufall gewesen. Hierauf bräuchte der Rat nicht besonders stolz zu sein. Seines Erachtens beruhe der Eckwertebeschluss auf das Prinzip „Hoffnung“. Er geht näher auf die in den nächsten Jahren zu erwartenden Gewerbesteuern ein und spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen eine Grundsteuererhöhung aus. Danach geht er auf das „Top-Ziel 1“ der Stadt Emden ein:

*„Die Anzahl der aktiven Gewerbetreibenden bleibe mindestens konstant.“*

Er lehne diese Meinung ab: die Anzahl der aktiven Gewerbetreibenden müsse verbessert werden. Er berichtet von einem nichtöffentlichen Vortrag der Herren Burek, Zukunft Emden GmbH, und Klüver, Logistikchef des VW-Werkes Emden. Es sei u. a. berichtet worden, dass täglich ca. 300 LKWs das Emder VW-Werk belieferten. Er möchte wissen, warum es nicht möglich sei, diese Firmen im Industriepark anzusiedeln und bittet Herrn Jahnke und Herrn Jakobs nach den Sommerferien um einen Vortrag in den Fraktionen.

**Herr Jahnke** nimmt Stellung zu den Äußerungen bezüglich der Zahlungen aus dem Cash-Pool, die im Wesentlichen auch an das Klinikum gegangen seien. Die Stadt Emden arbeite mit dem Cash-Pool, solange es sich um Gesellschaften, wie z. B. die Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH, handele, bei denen die Stadt Emden über den Anteilsbesitz den maßgeblichen Einfluss ausübe. Ein Teil der Zahlungen aus dem Cash-Pool sei grundsätzlich das über das Jahr aufgelaufene Defizit des Klinikums, welches von der Stadt Emden erst nach dem entsprechenden Ratsbeschluss über den Jahresabschluss ausgeglichen werden könne. Mit dem anderen Teil seien insbesondere die Eigeninvestitionsanteile des Klinikums finanziert worden. Diese Anteile müssten über eine Eigenkapitalzuführung abgedeckt werden. Da diese Zu-

**Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016**

führung über das Investitionsprogramm der Stadt Emden abwickelt werden müsse, werde das Gesamtinvestitionsprogramm der Stadt dadurch nachhaltig belastet.

Die Verwaltung werde für den nächsten Haushalt und den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum vorschlagen, die Eigenkapitaldecke des Klinikums nach und nach sukzessive über die Jahre zu stärken. Er könne also nur unterstreichen, was heute bezüglich der Liquiditätssituation gesagt worden sei.

Anschließend nimmt er Stellung zu der Situation bei VW:

Er weist darauf hin, dass die Verwaltung im fortlaufenden Dialog mit dem Industriepark und VW stände. Die Rahmen- und die Marktbedingungen, um Zulieferer zu bewegen, an den Standort Emden zu kommen, müssten genau betrachtet werden.

Danach geht Herr Jahnke auf die Investitionen in die Ausstattung der Emdener Schulen näher ein. Die Emdener Schulen seien noch nie so gut ausgestattet gewesen, wie zurzeit, betont er.

**Herr Bolinius** erkundigt sich nach dem von der FDP-Fraktion am 14.06.2016 gestellten Antrag bezüglich des Musikpavillons. **Herr Renken** erklärt, im gestrigen Schulausschuss sei leider kein Vertreter des Gebäudemanagements anwesend gewesen. Von Herrn Sprengelmeyer, FB-Leiter 600, sei eine Antwort an die Fraktionen auf die Fragen, die insgesamt zum Musikpavillon gestellt worden seien, zugesagt worden. **Herr Jahnke** bestätigt dies. Er wolle dieser Antwort daher heute nicht vorgreifen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 6 Standardberichtswesen per 31.05.2016  
Vorlage: 16/2172

**Herr Jakobs** erläutert ausführlich die Vorlage T 16/2172. **Herr Strelow** lobt die Arbeit von Herrn Jakobs.

**Herr Renken** bemerkt, bei den auf Seite 3 aufgeführten Risiken sei nicht nur die Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH, sondern auch die Musikschule benannt worden. Er bitte um Erläuterung. **Herr Jahnke** verweist auf die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von ca. 60.000 € für die Musikschule im Jahr 2015. Dieses Jahr sei der gleiche Zuschuss im Haushalt enthalten, da die Verwaltung davon ausgehe, dass die Musikschule auch in diesem Jahr eine überplanmäßige Ausgabe benötige. Im Übrigen kämen weitere Tarifsteigerungen in diesem Jahr hinzu, die eine überplanmäßige Ausgabe für die Musikschule sicherlich erforderlich machten. Es sollte in diesem Bereich zumindest wieder eine Konstanz erreicht werden.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN**

TOP 7 Hundesteuerermäßigung;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 08.03.2016  
Vorlage: 16/2173

**Herr Bolinius** erläutert ausführlich den o. g. Antrag seiner Fraktion.

**Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016**

Die FDP-Fraktion erhoffe sich durch die Steuervergünstigung eine schnellere Vermittlung von Hunden aus dem hiesigen Tierheim. Seine Fraktion hätte sich nicht nur auf die Stadt Emden bezogen, sondern hätte sich von der Landtagsfraktion ebenfalls Informationen geben lassen. Außerdem sei mit dem Vorstand des Tierheims gesprochen worden. Der Vorschlag der FDP-Fraktion sei sehr positiv bewertet worden. Er wundere sich daher, dass in der Vorlage aufgeführt sei, dass dieser keinen Einfluss habe. Dies sei ein Widerspruch zu dem, was ihm vorliege.

Anschließend geht er auf Ziff. 2 „Für geprüfte, brauchbare Jagdhunde (Gebrauchthunde) im Sinne des Bundesjagdgesetzes und des Nds. Landesjaggesetzes werden 50 % des Regelansatzes in Ansatz gebracht“ des Antrages der FDP-Fraktion ein.

Er möchte wissen, wie hoch die Aufwendungen und die Erträge seien. **Herr Jakobs** antwortet, der Personal- und Sachaufwand betrage 30.000 € und der Ertrag 260.000 €. Im Haushalt sei ab dem Jahre 2017 265.000 € hierfür vorgesehen.

**Herr Strelow** erklärt, die SPD-Fraktion werde dem abweichenden Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen, da die Tierheimleitung nicht davon ausgehe, dass eine Steuerermäßigung zu einer erhöhten Vermittlung von Hunden führe. **Herr Renken** und **Herr Bongartz** schließen sich der Meinung von Herrn Strelow an.

**Beschluss:**

Die FDP Fraktion beantragt, die Hundesteuersatzung vom 28.10.1974 wie folgt zu ergänzen:

1. Bei Aufnahme eines Hundes, der bereits ein halbes Jahr im hiesigen Tierheim verbracht hat, ist die Hundesteuer für 3 Jahre zu erlassen.
2. Für geprüfte, brauchbare Jagdhunde (Gebrauchthunde) im Sinne des Bundesjagdgesetzes und des Nds. Landesjagdgesetzes werden 50% des Regelansatzes in Ansatz gebracht.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 1  
Dagegen: 10  
Enthaltungen: 0

TOP 8 Förderung der Elektromobilität;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2016  
Vorlage: 16/1934

**Herr Bongartz** erläutert ausführlich den o. g. Antrag der CDU-Fraktion. **Herr Renken** erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze diesen Antrag. Er schlägt vor, den Beschluss wie folgt zu ändern:

*Die Verwaltung wird beauftragt, bei Neuanschaffungen von Pkw nach und nach den Fuhrpark auf E-Autos umzustellen. Dabei soll mit den Fahrzeugen begonnen werden, die überwiegend im Stadtverkehr eingesetzt werden. Die Verwaltung erarbeitet Richtlinien zur Beschaffung von E-Fahrzeugen und stellt sie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vor.*

**Herr Bongartz**, **Herr Strelow** und **Herr Bolinius** stimmen dem Vorschlag von Herrn Renken zu. **Herr Mansholt** schließt sich dem Vorschlag von Herrn Renken ebenfalls an. Seines Erach-

**Protokoll Nr. 28 über die Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 22.06.2016**

tens bestände Einigkeit im Fachausschuss, dass der Anteil der Elektrofahrzeuge im Fuhrpark überall dort gesteigert werden solle, wo es sinnvoll sei.

**Abweichender Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Neuanschaffungen von Pkw nach und nach den Fuhrpark auf E-Autos umzustellen. Dabei soll mit den Fahrzeugen begonnen werden, die überwiegend im Stadtverkehr eingesetzt werden. Die Verwaltung erarbeitet Richtlinien zur Beschaffung von E-Fahrzeugen und stellt sie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vor.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 10 Anfragen

K e i n e

---

**Herr Swieter** bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation für die Zeit, die er als Vorsitzender dieses Ausschusses tätig sein durfte. Diese Tätigkeit hätte ihm viel Freude bereitet. Er bedaure es, dass er aufgrund seines Wegzuges nicht wieder für den neuen Rat antreten könne, freue sich aber auch auf die kommende Zeit an seinem neuen Wohnort. Er wünscht dem Fachausschuss für die Zukunft alles Gute.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.